



04/2026

Resiliente Krisen- und Notfallversorgung sicherstellen

Die Krisen- und Notfallversorgung ist ein zentraler Prüfstein für die Handlungsfähigkeit des Staates. Pandemien, Extremwetterereignisse, geopolitische Spannungen und demografischer Wandel machen deutlich: Ein resilientes Gesundheitssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und zugleich ein entscheidender Standortfaktor für Wirtschaft und Industrie. Um eine resiliente Krisen- und Notfallversorgung sicherstellen zu können, sind folgende Bausteine zu beachten und umzusetzen:

1. Eine echte, verbindliche Notfallreform mit klaren Zuständigkeiten und neuen Vergütungslogiken
2. Ein Gesundheitssicherstellungsgesetz, das Resilienz messbar und durchsetzbar macht
3. Mut zur Krankenhausstrukturreform: Qualität vor Standortpolitik
4. Beschleunigung statt Bürokratie: Verfahren, Vergaben und Genehmigungen krisenfest machen
5. Industrie, Digitalisierung und Europa als Teil der Lösung begreifen und nicht als Randthema

Reformbedarf und Handlungslücken im System

Zentrale Reformvorhaben 2026 schnell und lösungsorientiert umsetzen

Die geplante **Notfallreform** muss stationäre Versorgung, ambulante Strukturen und Rettungsdienst systematisch miteinander verzahnen. Heute verhindern sektorale Grenzen, fragmentierte Zuständigkeiten und falsche Vergütungsanreize eine wirtschaftliche und qualitativ hochwertige Versorgung.

Laut Expertenrat können durch bessere Steuerung bis zu 5 Mrd. Euro jährlich eingespart werden – ohne Qualitätsverlust:

- Erforderlich sind bundesweit verfügbare 24/7-Telemedizinangebote, Vernetzung der 112- und 116117-Leitstellen, erweiterte Apothekennotdienste und standardisierte Ersteinschätzungen.
- Die Vergütung darf nicht länger primär an den Transport ins Krankenhaus gekoppelt sein, sondern an eine bedarfsgerechte sowie fallabschließende Versorgung vor Ort.
- Ziel ist es, medizinisch nicht sinnvolle Krankenhausbesuche zu vermeiden, Personal zu entlasten und Patient:innen schneller an den richtigen Versorgungsort zu steuern.

Das **Gesundheitssicherstellungsgesetz** muss für eine Krisenfestigkeit, welche nicht erst im Notfall, sondern durch robuste Alltagsprozesse entsteht, den Rahmen setzen:

- Statt statischer Vorräte braucht es rollierende dezentralisierte Bevorratung, die kritische Produkte (z. B. Medizinprodukte, Arzneimittel, Schutzausrüstung) über definierte Zeiträume absichern. Einrichtungen müssen verbindliche, geprüfte Krisenpläne vorhalten, um kurzfristige Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Außerdem sollten diese durch Bund und Länder mitfinanziert werden, sowie steuerliche Instrumente wie Abschreibungen für Leistungserbringer stärker einsetzbar sein.
- Arbeitszeitrecht, Vergabe- und Genehmigungsprozesse müssen für Zivil- und Krisenfälle flexibilisiert werden (z. B. Personalverlagerung, temporäre Mehrarbeit, beschleunigte Beschaffung).

Resilienz entsteht mithilfe der industriellen Gesundheitswirtschaft

Die Abhängigkeit von globalen Lieferketten bleibt hoch. Lagerhaltung allein reicht nicht



aus. Notwendig sind verlässliche Rahmenbedingungen für **Produktion in Europa**, inklusive beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Resilienz entsteht im industriellen Alltag entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Dafür braucht es geeignete Rahmenbedingungen für robuste Innovations-, Produktions- und Lieferstrukturen.

Die europäische Medizinprodukteverordnung (MDR) führt aktuell zu erheblichen Engpässen durch langwierige Zertifizierungsprozesse. Eine praxistaugliche Reform, die auch zukünftige Technologien wie KI schnell in die Anwendung bringt, ist dringend erforderlich. Klare Handlungsszenarien, standardisierte Produktsets, **IT-gestützte Logistik über Ländergrenzen hinweg** sowie längerfristige Rahmenverträge sind essenziell. Nationale Alleingänge in Regulierung und Beschaffung schwächen die europäische Resilienz, insbesondere in einer global vernetzten Gesundheitsindustrie. Zudem müssen angesichts des Personalmangels **Prozesse standardisiert, digitalisiert und interoperabel** sein. Digitale Bestands- und Verfügbarkeitsplattformen sowie digitale Souveränität sind Schlüsselthemen und die **Digitalisierung wird hier als Resilienz-Multiplikator dienen**.

Governance und Zusammenarbeit: Geschwindigkeit vor Geld

Eine zentrale Erkenntnis aus Wissenschaft und Praxis lautet: **Verfahrensgeschwindigkeit ist oft wichtiger als zusätzliche Mittel**.

Impuls Gesundheitswirtschaft

Bürokratieabbau, klare Zuständigkeiten und vernetzte Ebenen sind entscheidend. Die Industrie ist weit mehr als nur Umsetzer – sie ist ein zentraler strategischer Partner bei der Gestaltung von Resilienzpolitik.

- Zusammenarbeit zwischen Industrie, öffentlicher Hand (inkl. Bundeswehr), Kommunen und Ländern muss institutionell gestärkt werden.
- Vergabekriterien müssen stärker Resilienz, Versorgungssicherheit und Innovationsfähigkeit berücksichtigen. Hier darf nicht nur der kurzfristig niedrigste Preis gelten.
- Patient:innenorientierung muss neu gedacht werden. Dies muss durch eine breitere Aufgabenverteilung, etwa auf Apotheken, Pflegefachpersonen und ambulante Strukturen, passieren.

Fazit: Resilienz wirtschaftlich denken, Versorgung strategisch sichern

Deutschland hat die finanziellen, industriellen und technologischen Voraussetzungen für ein krisenfestes Gesundheitssystem, nutzt sie aber bislang nicht konsequent. Ein teures System, das in Notfällen ineffizient arbeitet, Personal überlastet und Fehlversorgung produziert, ist weder sozial noch wirtschaftlich verantwortlich. Weitere Mittel ohne strukturelle Reformen würden bestehende Probleme verfestigen statt lösen. **Die Bundesregierung muss Resilienz zur Priorität machen und vom Verwalten zum entschlossenen Gestalten übergehen.**

Fachforum Geökonomie, Resilienz und Sicherheit

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin
kommunikation@wv-g.de

Hauptgeschäftsführung: Martin Kaul,
Katharina Krüger (stellv.)

Referent:innen:
Laura Molina, David Peter

Aus der Wirtschaft, mit der Politik: In den Fachforen entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung der Grünen Perspektiven und Impulse. Diese müssen nicht in jedem einzelnen Fall mit den Positionen jedes einzelnen Mitglieds übereinstimmen. [Mehr hier](#).

Eingetragen im [deutschen Lobbyregister R007085](#)
& im [EU Transparenzregister 290752950419-55](#)